

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 D4 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

35. Jahrgang / 184

25. September 1980

Karl Liedtke MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, sieht in der historischen Dimension von Strauß die Vierte Partei angelegt: Keine Pläne für ein neues Kreuth?

Seite 1/2

Hans Koschnick zum letzten Aufgebot des Kanzlerkandidaten: Die Kirchensteuer ist kein Thema.

Seite 3

Klaus Thüsing MdB kommentiert den Krieg zwischen Irak und Iran: Der Konflikt schwelt schon lange.

Seite 4/5

Elfriede Hoffmann hält Förderprogramme für Frauen für besser als eine Verbotspolitik: Frauen-Enquête zielt in die richtige Richtung.

Seite 6

### Dokumentation

Antje Huber an den Diözesanrat des Bistums Essen.

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Keine Pläne für ein neues Kreuth?

-----  
Straußens "historische Dimensionen" sprechen für die Vierte Partei

Von Karl Liedtke MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen  
Bundestagsfraktion

Strauß und Kohl haben versichert, daß es nach dem 5. Oktober keine neuen Spaltungsversuche der Schwesterparteien geben werde, wie sie die CSU nach der letzten Wahlniederlage in Kreuth gefordert hatte. In brüderlicher Eintracht wird zugleich versichert, daß es diesmal auch keine Schimpfe über ein Versagen der "Nordlichter" geben werde. Um nicht den Anschein zu erwecken, als gebe man die Wahl von vorneherein verloren, war wohl keine andere Erklärung zu erwarten. Dennoch muß entschieden bezweifelt werden, daß die zur Schau gestellte Gemeinsamkeit und Harmonie, den 5. Oktober überdauern wird. Ein Blick auf das Verhalten des heutigen Kandidaten nach der verlorengegangenen Wahl 1976 belehrt nämlich schnell eines Besseren. Da Strauß von sich gerne sagt, daß er in "historischen Dimensionen" denke, müssen seine Aussagen von damals ernst genommen werden.

Erstens: Da war zunächst die große Abrechnung nach der 76er-Wahl. Der CDU wird vorgeworfen sie habe durch Abschwächungen und Distanzierungen den Slogan der CSU "Freiheit oder Sozialismus" nicht mit der erforderlichen Überzeugungskraft vertreten. "Entweder tritt man für eine Sache an, dann kämpft man sie durch, oder man tut es nicht. Das erfordert dann aber auch die nötige Geschlossenheit und erlaubt nicht, daß der eine aus der Kompanie in der Kantine ist und abwartet wie der Marsch sich weitervollzieht, der andere im Straßengraben sitzt und Brotzeit macht, der Dritte sich im Revier behandeln läßt, um beim Siegesmarsch gesund zu sein, der Vierte abwartet, ob es Erfolg hat, wenn der Rest dann dafür kämpft."



Ob Strauß diesmal nach verlorener Wahl am 5. Oktober mit allen CDU-Matadoren zufrieden sein wird?

Zweitens: Dann kam der Kreuther-Beschluß und die Trennung von CSU und CDU. Kommentar von Strauß dazu: "Aber diesmal war die Landesgruppe der Meinung, daß die Selbstdarstellung der Unionsparteien in der Opposition in zwei Fraktionen wirksamer und erfolgreicher sein wird als die Fortsetzung in der bisherigen Kombination."

Ob Fraktionsgemeinschaft oder getrennte Fraktionen besser seien, wurde damit zur rein taktischen Frage, welches der bessere Weg zur Macht sei, degradiert.

Drittens: Aus Angst vor einem "Einmarsch" der CDU nach Bayern fanden die "feindlichen Schwestern" CSU und CDU zwar schließlich doch noch in das gemeinsame Bett der Fraktion zurück. Die Kommentierung durch Strauß zeigte jedoch den weiteren Weg: "Der Kreuther-Beschluß ist überlagert. Er ist noch nicht aufgehoben. Zweck und Ziel der Politik, Sinn und Aufgabe unserer Politik ist, eine Unionsstrategie zu entwickeln, die uns wieder an die Regierung bringt. Der Sinn der Unionspolitik erschöpft sich nicht in der gemeinsamen Fraktion. Eine gemeinsame Fraktion ist ein Mittel gemeinsamer Politik, wenn diese Politik auf dem Wege der gemeinsamen Fraktion uns eine ehrliche Chance gibt, wieder an die Regierung zu kommen, und diesem Ziel müssen wir alle anderen Überlegungen unterordnen. Das schöne Wort: "Einheit macht stark" bedeutet noch gar nichts."

Hier wird ganz deutlich, daß nicht die gemeinsame Politik die Klammer zwischen CSU und CDU ist, sondern allein das allem unterzuordnende Ziel, an die Macht zu kommen.

Zwingende Schlußfolgerung aus diesen Strauß'schen Gedankengängen: Bisher haben CDU und CSU dieses Ziel gemeinsam zu erreichen versucht und haben die Mehrheit vom Wähler nicht erhalten. Diesmal ist sogar Strauß Kanzlerkandidat, so daß die Ausrede des falschen und unfähigen Kandidaten wie 1976 für ihn nicht mehr möglich ist. Für einen Politiker wie Strauß, der alles dem Ziel, die Regierung zu übernehmen, unterordnet, muß dies nach verlorengegangener Wahl am 5. Oktober bedeuten, daß damit auch der letzte Versuch, dieses Ziel mit der CDU gemeinsam zu erreichen, gescheitert ist.

Strauß 1976: "Machen wir uns frei von dem Aberglauben, daß wir heute sagen können: 1976 haben wir es nicht geschafft, vielleicht wechselt die FDP 1978 den Partner, wenn nicht, dann so doch im Jahre 1980. Der Schluß wäre dann die Bereitschaft zu sagen: Wenn wir es 1980 nicht schaffen, gibt es auch noch 1984."

Für einen, der so denkt wie Strauß, bleibt nach dem 5. Oktober nur noch der Weg der Trennung von der CDU übrig.  
(-/25.9.1980/ks/ca)

+ + +



Die Kirchensteuer ist kein Thema

---

Das letzte Aufgebot des Kanzlerkandidaten Strauß

Von Hans Koschnick

Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat recht. Das Thema Kirchensteuer eignet sich nicht für den Wahlkampf. Herr Strauß war und ist aber anderer Meinung. Er muß sich deswegen vorwerfen lassen, die Kirchen in den Wahlkampf hineingezogen zu haben. Gerade die Evangelische Kirche hatte die Parteien ausdrücklich gebeten, das nicht zu tun.

Was hat Herr Strauß mit der Unterstellung beabsichtigt, die SPD wolle den Kirchen den Geldhahn zudrehen? Nach allem, was wir wissen, ist die Kirchensteuerfrage das sozusagen letzte Aufgebot des Kanzlerkandidaten, weil sich damit Vorurteile gegenüber den Sozialdemokraten wiederbeleben lassen. Hier ist der Versuch unternommen worden, erneut die SPD als religions- und kirchenfeindliche Partei darzustellen. Aber auch hierzu hat die EKD in der gebotenen Zurückhaltung, dennoch - wie ich meine - unmißverständlich reagiert: Von dem, was Herr Strauß der SPD anhängen will, sei ihr nichts bekannt. Strauß hat wieder einmal das Klima in unserer Gesellschaft vergiftet nach dem Sonthofener Motto: Verleumdet ruhig darauf los - etwas wird schon hängen bleiben.

Sozialdemokraten wollen den Wähler in der Frage Kirchensteuer nicht im Unklaren lassen. Für uns gilt, daß wir das Einzugsverfahren der Kirchensteuer, so wie es gegenwärtig gehandhabt wird, so lange für verbindlich und auch geboten betrachten, wie die Kirchen selbst aus innerkirchlichen Gründen von sich aus kein anderes System für notwendig halten. Mit Bundeskanzler Helmut Schmidt gilt es festzuhalten, daß die allgemeine Kirchensteuer für uns ein bedeutender Teil der volkswirtschaftlichen Wirklichkeit ist. Was wir hierzu vor dem 5. Oktober erklären, hat auch nach dem Wahltermin Gültigkeit.

Die FDP hingegen ist durch die Strauß-Äußerung allerdings ins Schwimmen geraten. Als Frau Matthäus-Meier den Parteitagbeschuß zur Abschaffung der Kirchensteuer bekräftigte und zudem zum Gegenstand von Koalitionsverhandlungen der SPD gemacht sehen wollte, fuhr ihr das Präsidium in die Parade. Aber es bleibt Unklarheit zurück. Einerseits will das Präsidium der FDP die Kirchensteuer langfristig abgeschafft sehen; andererseits verlautetete, für den Fall von Koalitionsverhandlungen nach dem 5. Oktober sei dieses Thema "nicht aktuell".

Bei diesem Sowohl-als-Auch spielen wir nicht mit. Das Thema Kirchensteuer ist kein geeigneter und auch kein wünschenswerter Gegenstand für Koalitionsverhandlungen. Schließlich waren es Sozialdemokraten, die im Jahre 1974 - damals kam es zu jenem FDP-Parteitagbeschuß - die Kirchensteuer gegen die FDP verteidigt haben.

(-/25.9.1980/ks/ca)

+ + +



### Irak kontra Iran

---

Der Konflikt schwelt schon lange

Von Klaus Thüsing MdB

Stellvertretendes Mitglied im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Iran und Irak kommen keineswegs überraschend. Was jetzt offen ausgebrochen ist, gärt schon seit langem. Bereits zu Schah-Zeiten gab es immer wieder Scharmützel an der gemeinsamen Grenze, die schließlich 1975 durch den Abschluß eines Vertrags beigelegt zu sein schienen.

Ausgebrochen ist der Konflikt erneut, als Anfang Februar vergangenen Jahres die islamische Revolution im Iran erfolgreich war. Seitdem fühlen sich die Herrschenden in Bagdad zunehmend bedroht. Denn auch unter den eigenen Schiiten - sie machen immerhin mindestens 55 Prozent der Gesamtbevölkerung aus - gibt es Unzufriedenheit. Ebenso unter breiten Teilen der irakischen Kurden.

Sicher wurde diese Unzufriedenheit von den offenen Aufforderungen des iranischen Revolutionsführers Khomeini, das Baath-Regime zu stürzen, geschürt. Doch die Ursachen für den Unfrieden im Irak liegen in der repressiven Politik, die Präsident Saddam Hussain seit einigen Jahren betreibt.

Dazu gehörte, daß er von Anfang an, die Widersprüche der islamischen Revolution im Nachbarstaat für sich auszunutzen versuchte. Dadurch, daß Aufständische der verschiedensten politischen Lager in den iranischen Krisengebieten Kurdistan, Aserbeidjan und Khusistan (von Irak hartnäckig nur "Arabistan" genannt) ihren Nachschub an Waffen wenn nicht direkt von der irakischen Regierung, dann doch mit deren Duldung von jenseits der Grenze bezogen, wurde der Konflikt mit der Zentralregierung weiter angeheizt. Hinzu kamen ständige Angriffe auf die Teheraner Revolutionsführer. Ziel dieser Politik: Eine Schwächung der unter dem Banner des Islam angetretenen Bewegung im Iran, die auf das eigene Land wie auch die Ölscheichtümer am Golf überzuschwappen drohte.



Doch neben innenpolitischen Gründen, sind bei der militärischen Attacke des Irak auf seinen Nachbarn auch andere Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Nachdem Reza Pahlawi vom Pfauenthron verjagt worden war, weigerte sich der Iran, seine von den USA bestimmte Rolle des Golfpolizisten weiterzuspielen. Saddam Hussain sieht sich seitdem berufen, in die Fußstapfen des Ex-Kaisers zu treten. Irakische Diplomaten geben derzeit unverhohlen zu: Ziel des Vormarsches auf iranisches Territorium sei die Übernahme der Kontrolle über die für die Ölversorgung des Westens lebenswichtige Straße von Hormuz. Saddam Hussain strebt zudem nicht nur innerhalb der arabischen Welt, sondern in der ganzen Dritten Welt eine Führungsrolle an. So liegt ihm nun sehr viel daran, zu beweisen, daß er sowohl der starke Mann des Irak und des Golfs, wie auch aller Araber ist.

Undurchsichtig ist noch die Rolle, die die USA bei dem Krieg um die Ölfelder spielt. Selbst wenn man sich die Version Khomeinis, Präsident Hussain führe den Krieg gegen Iran im Auftrage der US-Regierung nicht zu eigen macht, kann man davon ausgehen, daß den Vereinigten Staaten der Konflikt nicht ungelegen kommt. Schließlich könnte er zur Schwächung der iranischen Revolutionsführung und gleichzeitig zur Stärkung des Militärs im Lande beitragen. Schon kursieren Gerüchte im Iran von einer Machtübernahme der Streitkräfte.

Andererseits dient der von Irak ausgelöste Krieg auch nicht unbedingt amerikanischen Interessen. Noch kurz vor der Zuspitzung der Auseinandersetzung hatte sich Revolutionsführer Khomeini bereit erklärt, die Geisel-Frage anzugehen. Eine Lösung dieses Problems ist nun in weite Ferne gerückt. Außerdem könnte der irakische Angriff bewirken, daß sich das iranische Volk gegen den Feind von außen wieder vereinigt.

Im Interesse der betroffenen Bevölkerungen und des Weltfriedens muß nun an Irak und Iran appelliert werden, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Als Vermittler bietet sich - wegen der Vorbehalte im Iran gegen die UNO - wohl die Bewegung der nicht-pakt-gebundenen Staaten oder auch die Palästinenserorganisation PLO an.

(-/25.9.1980/ks/ca)



Frauen-Enquête zielt in die richtige Richtung

Förderprogramme für Frauen sind besser als eine Verbotspolitik

Von Elfriede Hoffmann

Bundsvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Beim Bericht der Enquête-Kommission Frau und Gesellschaft an den Deutschen Bundestag ist erfreulicherweise in vielen Bereichen Übereinstimmung mit den Forderungen der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) festzustellen.

Die Ausdehnung der Gleichstellungsstellen auf alle Bundesländer - Institutionen, die auf Initiative der ASF gebildet wurden - wird ebenso gefordert, wie deren Kompetenzerweiterung. Für den Arbeitsstab Frauenpolitik im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit wird ein Prüfvermerk für Regierungsvorlagen gefordert, die frauenpolitische Relevanz haben.

Dieser Vorschlag wird von der ASF unterstützt, aber noch durch die Forderung erweitert, die Leiterinnenstelle des Arbeitsstabes in den Staatssekretärsrang zu erheben und den gesamten Arbeitsstab wegen seiner ressortübergreifenden Bedeutung dem Bundeskanzler zu unterstellen. Wie wichtig die hierarchisch hohe Anbindung des Arbeitsstabes ist, haben erst kürzlich die Vorgänge bei der Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen gezeigt, bei der die deutsche Delegation aus protokollarischen Gründen durch einen Mann geleitet werden mußte.

Die ASF lehnt allerdings die Einrichtung einer Gleichbehandlungsstelle als Institution sui generis analog zum Wehrbeauftragten ab. Wir fordern die Einrichtung einer Behörde, dem Kartellamt vergleichbar, die Kraft eigener Klagebefugnis den Verstößen gegen Artikel 3 Grundgesetz Einhalt gebieten kann. Auch die Frage des Antidiskriminierungsgesetzes hat die Kommission im Sinne der ASF behandelt. Unsere Meinung: Förderprogramme für Frauen sind besser als eine Verbotspolitik mit Sanktionen. Trotzdem sollte, dort wo Diskriminierung als Tatsache erfaßbar ist, in die einzelnen Gesetze Verbotsvorschriften aufgenommen werden, um so dem Artikel 3 des Grundgesetzes zusätzlich Geltung zu verschaffen.

Die Forderung der Kommission, private und öffentliche Unternehmen, die öffentliche Zuschüsse erhalten, auch zu einem Bericht über die Personalstruktur des Unternehmens und zu besonderen Anstrengungen hinsichtlich der Gleichstellung der Frauen zu verpflichten, erscheint uns allerdings ein wenig zu zahn.

Staatliche Zuschüsse müßten nach ASF-Auffassung unbedingt mit einer Auflage verbunden sein, die Arbeitsplätze für Frauen, besonders in Leitungsfunktionen zu steigern.

Eine solche Quotierung könnte besonders im öffentlichen Dienst einen Weg für eine entsprechende Beteiligung der Frauen an allen Ämtern und Positionen freimachen. Diese Quotierung hat die Kommission aber leider abgelehnt. Die geforderte freiwillige Zielvorgabe in Eigeninitiative der Betriebe zur Verbesserung der beruflichen Chancen der Frauen - besonders im Ausbildungsbereich ist aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Bestätigt werden die ASF-Vorstellungen zur Weiterentwicklung des Mutterschaftsurlaubs in einen Elternurlaub mit Arbeitsplatzsicherung. Nur so kann das Beschäftigungsrisiko gleichmäßig auf Frauen und Männer verteilt werden. Gekoppelt mit einer von der Mehrheit der Kommission geforderten Verkürzung der täglichen Arbeitszeit würde die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen wesentlich erleichtern.

Es ist zu wünschen, daß der 9. Deutsche Bundestag den Bericht der Kommission nicht nur diskutiert, sondern ihn zügig verwirklicht.  
(-/25.9.1980/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Einen Beschwerdebrief des katholischen Diözesanrates des Bistums Essen über eine im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit herausgegebene Aufklärungsbroschüre über Methoden der Empfängnisverhütung mit dem Titel "Muß-Ehen muß es nicht geben" hat Antje Huber, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, zum Anlaß genommen, auf Widersprüche in der Argumentation der katholischen Kirche hinzuweisen. Auch bezugnehmend auf die am Freitag in Rom beginnende Welta synode der katholischen Bischöfe schrieb Antje Huber unter anderem an den Geschäftsführer des Diözesanrats, Dr. Heinz-Jörg Eckhold.

Nicht-auflösbarer Widerspruch

Da Sie inzwischen nicht nur in einem Rundbrief an alle Abgeordneten des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern auch in der Presse, erneut zu der von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Auftrag des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit herausgegebenen Schrift "Muß-Ehen muß es nicht geben" kritisch Stellung genommen haben, gehe ich davon aus, daß ich auch mein Schreiben der Öffentlichkeit übergeben kann.

Ich halte eine sachliche Aufklärungsbroschüre für notwendig und ich sehe mich in dieser Auffassung durch das große Interesse bestätigt, daß dieses Heft gerade bei den jungen Menschen im gesamten Bundesgebiet gefunden hat.

Da ich Ihnen, was die ethische Seite dieses Themas angeht, bei der Diskussion mit dem Diözesanrat im Essener Saalbau Verbesserungsmöglichkeiten eingeräumt und inzwischen auch mitgeteilt habe, daß unsere Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Köln sich zur Zeit, in Gesprächen über noch bessere Texte befindet, kann ich mich - angesichts der schnellen Abfolge Ihrer Schreiben - des Gedankens nicht erwehren, daß Ihre Briefe auf die Wahl abzielen.

Ich werde mich von der Broschüre nicht distanzieren, obwohl sie sicher noch verbessert werden kann. Ich werde sie auch nicht verbieten, denn sie erfüllt bei dem Mangel an Aufklärung, den zum Beispiel die Schwangerschaftsberatungsstellen feststellen, eine wichtige Funktion.

Mir liegt aber sehr daran, daß die Gräben, die in der letzten Zeit aufgerissen worden sind, nicht noch tiefer werden und daß nach der Wahl das Gespräch auch mit der katholischen Kirche über die Reform des Paragraphen 218 und über Fragen der Familienpolitik fortgesetzt werden kann, für das ich mich in der Vergangenheit eingesetzt habe. Aus diesem Grunde habe ich mich weder zu den "Anfragen" des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken zur Familienpolitik noch zu dem Hirtenbrief der katholischen Bischöfe geäußert, obwohl mir das sehr schwer gefallen ist. Es hat mich tief enttäuscht, daß nach den Jahren des Gesprächs mit der katholischen Kirche derartig undifferenzierte, mit den Wahlkampfthesen der Opposition übereinstimmende Äußerungen zur Familienpolitik abgegeben worden sind.

Da es Ihnen um den Schutz des ungeborenen Lebens geht - und dabei stimmen wir voll überein - möchte ich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß übermorgen auf der Welta synode der katholischen Bischöfe in Rom die Auffassung der katholischen Kirche zum Verbot empfängnisverhütender Mittel bestätigt werden soll.



In Verbindung mit dem strikten Verbot des Schwangerschaftsabbruchs wird hier ein nicht auflösbarer Widerspruch offenkundig. Mich erfüllt das mit großer Sorge: Wer sich für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzt, muß den Menschen auch dabei helfen, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Der Schutz des ungeborenen Lebens kann nicht erst dann einsetzen, wenn eine nichtgewollte Schwangerschaft eingetreten ist. Je mehr die Bevölkerung von den Möglichkeiten der Familienplanung Gebrauch macht, desto weniger wird ein Schwangerschaftsabbruch - als letzter Ausweg aus einem schwerwiegenden Konflikt - überhaupt in Betracht kommen.

In diesen Tagen hat der Exekutivdirektor der UNICEF, James P. Grant, darauf hingewiesen, daß in den Entwicklungsländern jährlich 15 Millionen Kinder als Folge der Armut und der Unterentwicklung sterben. Eine Milliarde Menschen lebten in "absoluter Armut", zwei Drittel davon Mütter und Kinder. Der Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), Eduard Saouma, hat erneut deutlich gemacht, daß 400 bis 500 Millionen Menschen der Dritten Welt an Hunger oder Unterernährung leiden. Laut Saouma stieg die Eigenproduktion an Lebensmitteln in Entwicklungsländern im vergangenen Jahr nur um 1,3 Prozent oder um die Hälfte der Zuwachsrate der Bevölkerung.

Wir alle wissen, daß es Erfolge im Kampf gegen Hunger, Not und Elend in der Dritten Welt nur geben kann, wenn das Wachstum der Bevölkerung in diesen Teilen der Welt gebremst wird. Bitte überlegen Sie sich, auch als Diözesanrat des Bistums Essen, ob es zu verantworten ist, Familienplanung als verwerflich zu bezeichnen.

Der Wahlkampf in der Bundesrepublik Deutschland wird am 4. Oktober zu Ende sein; das Leiden von Millionen Menschen der Dritten Welt nicht. Aber auch bei uns wird es immer wieder das Leid der Menschen geben, die durch eine nichtgewollte Schwangerschaft in schwere Gewissenskonflikte gestürzt werden.

Dies wird umso mehr der Fall sein, je weniger diejenigen, die das ungeborene Leben schützen wollen, sich zu einer sinnvollen Lebens- und Familienplanung bekennen.

Mit freundlichen Grüßen

Antje Huber.

(-/25.9.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

